



## **Postulat Nr. 95 2012/2016**

Eingang Stadtkanzlei: 1. Juli 2013

### **Prioritäten richtig setzen und Freiräume für Kinder erhalten**

Das Tiefbauamt kämpft seit Jahren mit einer Zunahme von Aufgaben bei einer gleichzeitigen Reduktion der finanziellen Mittel. Verständlicherweise ist es die Pflicht der Verantwortlichen dieser Abteilung, sich Gedanken über mögliche Lösungen dieses Zielkonfliktes zu machen und entsprechende Massnahmen vorzusehen.

Wir sind aber der Meinung, dass die Schliessung von Spielplätzen auf städtischem Grund keine Lösung sein kann und zudem weder dem Willen der Bürgerinnen und Bürger, noch der Strategie des Stadtrates entspricht, welcher eine aktive Kinder-, Jugend- und Familienpolitik als ein wichtiges Standbein der Gesamtpolitik betrachtet. In seiner Stellungnahme zur Interpellation 327, Daniel Furrer, Andreas Wüest und Dominik Durrer namens der SP/JUSO-Fraktion, vom 19. April 2012: „Luzern gehen die Familien aus! Was ist zu tun?“, schrieb er deshalb zu diesem Thema: „Die Lebensräume in den einzelnen Quartieren sind für die Bevölkerung zu erhalten und entsprechend familienfreundlich zu gestalten. Dabei sind Themen wie Verkehr, sichere Schulwege und genügend Spielplätze von zentraler Bedeutung...“

Für viele Kinder – gerade in städtischen Gebieten – sind Spielplätze heute die einzigen Orte, an denen sie sich ihrem Alter entsprechend austoben können. Ein Spielplatz ist auch ein Ort des Miteinanders, wo Kinder oft ihre ersten Erfahrungen mit Gleichaltrigen machen und das gemeinsame Spielen lernen können. Kinder brauchen diese Freiräume.

Ebenso sind Spielplätze wichtige Treffpunkte für Eltern und andere Betreuungspersonen. Die daraus entstehenden Kontakte zwischen Eltern gleichaltriger Kinder sind vor allem im Vorschulalter sehr wünschens- und unterstützenswert. Ein Abbau der Begegnungsräume für Eltern und ihre Kinder im Vorschulalter würde also auch dem gesetzten Ziel der Früherfassung entgegenlaufen.

Zwei Forderungen an den Stadtrat:

- Wir fordern deshalb den Stadtrat auf, die vorgesehenen Spielplatzschliessungen nochmals zu überdenken und zu prüfen, wie eine weitere Reduktion des Angebots in Zukunft verhindert werden kann.

- Durch die anstehende Rückzahlung von REAL-Geldern an die Stadt Luzern ist davon auszugehen, dass dies zu einer finanziellen Entlastung des Tiefbauamtes im Bereich Abfallwirtschaft führen wird. Der Stadtrat wird deshalb aufgefordert zu prüfen, ob frei werdende Mittel aus diesem Bereich auch (also nicht ausschliesslich) für die Finanzierung von Spielplätzen und Freizeitanlagen eingesetzt werden können.

Daniel Furrer, Judith Dörflinger Muff  
und Melanie Setz Isenegger  
namens der SP/JUSO-Fraktion

Noëlle Bucher  
namens der G/JG-Fraktion

Myriam Barsuglia  
namens der GLP-Fraktion